

Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats

Autor(en): **Wissmann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(2003)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-544914>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1. Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats

1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Das Ratssekretariat steht vor einer grossen Herausforderung. Aus Anlass des Inkrafttretens der Verwaltungsreform (NEF 2000) und der Parlamentsrechtsrevision muss es seine Rolle, Ziele, Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise und Ressourcen teilweise neu definieren. Es verbleiben ihm Monate, um NEF- und GRG/GO-kompatibel zu werden. Die Amtsleitung und das übrige Personal haben an diesem Unterfangen während des Berichtsjahrs im Rahmen verschiedener Projekte und Dossiers insbesondere der UK NEF mitgewirkt. Zu den Dossiers zählten Parlamentsrecht, gesamtstaatliche Steuerungs- und Planungsprozesse, Finanzaufsicht, Oberaufsicht, Aus- und Weiterbildung, elektronikgestützte Informatikangebote usw. Bei jedem dieser Dossiers war auch die Rolle des Ratssekretariates ein Thema.

Die Mitarbeitenden leisteten diese Arbeit zusätzlich zu ihren ordentlichen und besonderen Aufgaben.

Das Ratssekretariat ist daran, seine Aufgaben zu überprüfen. Im Zeitraum August bis November 2003 wurden in einem etappierten Verfahren durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine IST- und eine SOLL-Analyse der Aufgaben und Personalressourcen, ein Vergleich derselben sowie eine SAR-Überprüfung vorgenommen. Dieses Projekt liefert erstmals genauere Angaben über die Verteilung der personellen Mittel (Stellenprozente) auf die Aufgaben und Teilaufgaben des Amtes zum heutigen Zeitpunkt sowie nach Inkraftsetzung von FLG und Parlamentsrechtsrevision. Sie beantwortet aus der Sicht des Ratssekretariates die Frage nach den Möglichkeiten eines Aufgabenabbaus, und sie bildet die neue Organisation des Ratssekretariates ab. Die Überprüfung wird spätestens Ende März 2004 – nach Kenntnisnahme und Analyse der Ergebnisse der Parlamentsrechtsrevision – in einer Berichterstattung an die UK NEF zum Abschluss gebracht. Mit diesem Projekt wird ein wichtiger Beitrag zur Neupositionierung des Ratssekretariates unter NEF 2000 und Parlamentsrechtsrevision geleistet.

Die Beschäftigung mit dem neuen Umfeld und mit sich selbst muss im Jahr 2004 nochmals intensiviert werden. Damit kann ein Beitrag geleistet werden, dass das Ratssekretariat die neue Gesetzgebung und das Tagesgeschäft aus einer Position relativer Sicherheit vollziehen kann.

1.2 Kommissionssekretariate

1.2.1 Sekretariat der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die Aktivitäten der GPK bestanden im Jahr 2003 schwergewichtig aus der Vorberatung von Direktionsgeschäften und Berichten, den Verwaltungsbesuchen, der Durchführung von Nachkontrollen und aus der Wahrnehmung von Oberaufsichtsaufgaben. Im GPK-Sekretariat kam es im März 2003 zu einem Personalwechsel des Sekretärs bzw. der Sekretärin.

Eine der Hauptaufgaben der ersten Jahreshälfte war für die GPK die Vorberatung der Verwaltungsberichte 2002 des Regierungsrates als Gesamtbehörde, der Direktionen sowie der Staatskanzlei. Das GPK-Sekretariat war im Frühjahr mit den Vorbereitungsarbeiten zu den Verwaltungsbesuchen, der Begleitung der meist ganztägigen Besuche im April bzw. Mai 2003 sowie deren Nachbereitung stark ausgelastet. Anfang März 2003 führte die GPK ausserdem eine

Klausur durch. Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Klausur, inkl. des Verfassens eines Schlussberichtes, erfolgten durch das GPK-Sekretariat.

Im Berichtsjahr beriet die Kommission insgesamt 34 Direktionsgeschäfte vor (Vorjahr: 37 Geschäfte). Der Aufwand für die Vor- bzw. Nachbereitung war für das Sekretariat erneut sehr hoch. Einige Geschäfte wurden von den zuständigen Ausschüssen in Begleitung des Sekretariates vor Ort besichtigt. Bei 3 Direktionsgeschäften erfolgte zudem eine Nachkontrolle.

Zu Beginn des Jahres 2003 war bei der GPK eine aufsichtsrechtliche Beschwerde pendent. Im Verlaufe des Jahres gingen bei ihr weitere fünf Eingaben und aufsichtsrechtliche Anzeigen ein. Gleichzeitig wurde eine Eingabe erledigt, sodass per Jahresende noch fünf Eingaben und Anzeigen pendent waren.

Die GPK erklärte sich auch in diesem Jahr bereit, an Stelle von Spezialkommissionen zwei kantonale resp. interkantonale Erlasse vorzubereiten. Jährlich bzw. periodisch wiederkehrende Geschäfte, Berichte und Planungswerke wie der Informatikplan 2003–2006 des Regierungsrates, der Geschäftsbericht 2002 der BEDAG, der Staatsschutzbericht 2002 und der 5. Zwischenbericht «Lothar», beschäftigten die Kommission bzw. das GPK-Sekretariat das ganze Jahr hindurch.

Die GPK befasste sich im Berichtsjahr mit den Schwerpunktthemen Controlling und Risikoaspekte, NEF und FIS 2000 sowie SAR. Diese Themen wurden unter anderem anlässlich der Verwaltungsbesuche aufgegriffen und diskutiert. Im Zusammenhang mit der Steuerverwaltung führte die GPK im Berichtsjahr mehrere Gespräche mit der Finanzdirektion und den Verantwortlichen der Steuerverwaltung durch. Zusammen mit der FIKO liess die GPK ausserdem durch die Finanzkontrolle eine Sonderprüfung von Bauprojekten durchführen.

Das Kommissionsplenarium trat im Jahr 2003 zu 10 ganztägigen und 7 halbtägigen Sitzungen zusammen, welche vom Sekretariat jeweils vorbereitet, begleitet und nachbereitet wurden. Das Gleiche gilt für die insgesamt 53 Ausschusssitzungen der GPK und die eingangs erwähnten 9 Verwaltungsbesuche im Frühjahr 2003. Im Herbst 2003 wurde der Ergänzungsbericht zur Strategischen Aufgabenüberprüfung von der GPK und der FIKO gemeinsam vorberaten. Die beiden Kommissionen wurden dabei vom FIKO-Sekretariat unterstützt.

Das GPK-Sekretariat setzte sich im Jahr 2003 aus einer Sekretärin zu 100 Prozent und einer Sekretariatsmitarbeiterin bzw. Protokollführerin zu 20 Prozent zusammen. Auf Grund der hohen Arbeitsbelastung im Sekretariat wurde der Beschäftigungsgrad der Sekretariatsmitarbeiterin ab Juli 2003 befristet erhöht (60%, ab Dezember: 40%). Das GPK-Sekretariat wurde im Berichtsjahr ausserdem vom Sekretariat der JUKO im Bereich Petitionen und Eingaben (ca. 2 Prozent) und in administrativen Belangen vom Amtssekretariat (ca. 8,5 Prozent) unterstützt.

Neben der Weiterführung ihrer Kernaufgaben werden die GPK und das Sekretariat im Jahr 2004 auf Grund der Einführung von NEF stark gefordert sein, denn es gilt den Wechsel von der GPK zur Oberaufsichtskommission vorzubereiten.

1.2.2 Sekretariat der Finanzkommission (FIKO)

Das FIKO-Sekretariat setzte sich im Berichtsjahr aus einer Sekretärin und einer Protokollführerin mit einem Beschäftigungsgrad von

90 respektive 20 Prozent zusammen. Unterstützt werden diese durch das Amtssekretariat mit etwa zusätzlich 15 Prozent. Nachdem die ordentliche Protokollführerin ab Mai 2003 krankheitshalber ausfiel, mussten die Arbeiten für den Rest des Jahres mit verschiedenen Protokollführenden im Auftragsverhältnis und einer temporären Aushilfe während des Herbstes überbrückt werden. Für die Sekretärin bedeutete dies einen deutlichen Zusatzaufwand. Es zeigte sich klar, dass in diesem Bereich im Ratssekretariat «keine stillen Reserven» vorhanden sind, und sich bereits der Ausfall von 20 Stellenprozenten – auch für die Kommission – bemerkbar machte. Insgesamt sind Geschäftslast und Tätigkeiten im FIKO-Sekretariat im vergangenen Jahr als durchschnittlich zu beurteilen und waren durch keine besonderen Ereignisse geprägt. Der sehr unregelmässige Arbeitsanfall, mit einer Maximalbelastung von September bis November (VA, FIPLA, SAR-E) konnte im Berichtsjahr erneut ideal mit dem Modell der Jahresarbeitszeit aufgefangen und innerhalb des Jahres ausgeglichen werden.

Neben den grossen, wiederkehrenden Geschäften wie Staatsrechnung und Voranschlag/Finanzplan sowie dem SAR-Ergänzungsbericht (welcher jedoch insgesamt eine deutlich geringere Belastung als der erste SAR-Bericht im Vorjahr darstellte) prägten inhaltlich u. a. folgende Geschäfte das Jahr 2003: Vorberatung des RRB 3505/2003 Problematik der Kantonsvertretungen in Verwaltungsräten, Vorberatung des RRB 0650 Standesinitiative des Kantons Bern über die Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank oder die Einreichung einer dringlichen Kommissionsmotion betr. Ergreifung des Kantons-Referendums gegen das Steuerpaket des Bundes. Zudem hatte sich das Sekretariat vermehrt mit juristischen Fragestellungen auseinanderzusetzen wie der weitergehenden Abklärung der Kompetenzen des Grossen Rates bei der Umwandlung von Verwaltungs- in Finanzvermögen (Folgearbeiten Gutachten Zimmerli; aufgearbeitet im Rahmen der Berichterstattung zur Staatsrechnung 2002) oder der Überprüfung gebundener Kredite der beiden letzten Jahre. Weiter wurde eine Stellungnahme erarbeitet zur Teilrevision des Gesetzes über den Grossen Rat (GRG) und der Geschäftsordnung für den Grossen Rat (GO). Hinzu kamen die ständigen Geschäfte wie die Vorberatung von Nachkrediten, die teilweise Überprüfung von Verpflichtungskrediten sowie die Überprüfung von weiteren Geschäften auf Grund von Artikel 22 Absatz 4 Grossratsgesetz.

In konkreten Zahlen bedeutet dies, dass das FIKO-Sekretariat im Berichtsjahr 21 Plenumsitzungen, rund 30 Ausschusssitzungen, 8 Direktionsbesuche, 2 Verwaltungsbesuche/-gespräche auf Grund von Feststellungen der Finanzkontrolle und 1 Medienkonferenz vorzubereiten, zu begleiten und nachzubereiten hatte. Hinzu kamen 3 Wechsel bei den Mitgliedern der Finanzkommission, unter anderem im Vizepräsidium.

Im vergangenen Jahr wurde die Zusammenarbeit von FIKO und GPK weiter intensiviert. Neben der schon bewährten Zusammenarbeit im Rahmen der Vorberatung des SAR-Ergänzungsbericht (inkl. gemeinsamer Direktionsbesuche der beiden Kommissionen) wurden auch Geschäfte wie die Steuererleichterungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung oder die Sonderprüfung der Finanzkontrolle betr. Baukredite gemeinsam behandelt. Auf Ebene der Sekretariate von FIKO und GPK bedingt dies eine enge Koordination und gute Organisation, welche im Berichtsjahr gut funktioniert hat.

Weiter wurden im vergangenen Jahr die Kommissionssekretariate intensiver in die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung von NEF einbezogen. Dabei geht es einerseits um Vorbereitungen für die neuen Kommissionsstrukturen, welche in rund einem Jahr durch das Sekretariat zu betreuen sind, andererseits aber auch um die interne Organisation des Ratssekretariats. Die entsprechenden Projektarbeiten innerhalb des Ratssekretariats stellten eine ebenso interessante wie herausfordernde Arbeit dar, erwiesen sich aber teilweise auch als zeitliche Belastung. Für das FIKO-Sekretariat wird es eine grosse Herausforderung sein, im kommenden Herbst (noch im Rahmen der bisherigen Kommissions- und Sekretariatsstrukturen) mit der Finanzkommission erstmals die Vorbereitungsarbeiten für

den neuen Voranschlag und Aufgaben- und Finanzplan durchzuführen. Bereits das Berichtsjahr war von dieser Herausforderung direkt und indirekt geprägt.

1.2.3 Sekretariat der Justizkommission (JUKO)

Im Berichtsjahr hat das Sekretariat 7 Plenar- und 18 Ausschusssitzungen der JUKO vorbereitet, begleitet und nachbereitet.

In Ausübung der Oberaufsicht besuchten die zuständigen Ausschüsse der JUKO das Obergericht, das Verwaltungsgericht, die Generalprokuratur, die Steuerrekurskommission und die Enteignungsschätzungskommissionen der Kreise 1–3. Gestützt auf die Geschäftsberichte dieser Behörden und die Erkenntnisse der Aufsichtsbesuche verfasste das Sekretariat den Bericht der JUKO zu Händen des Grossen Rates. Das Thema «Oberaufsicht der Justiz» wurde von der JUKO an einer Veranstaltung mit Frau Prof. Dr. R. Kiener vertieft behandelt. Dabei wurden die Aufgaben und Grenzen der Justizaufsicht aufgezeigt.

Im Jahre 2003 waren folgende Wahlgeschäfte vorzubereiten: die Neuwahlen von 3 Mitgliedern und 1 Ersatzmitglied des Obergerichts, 2 Mitgliedern (total 150%) des Verwaltungsgerichts, 5 Untersuchungsschätzungskommissionen und Untersuchungsrichtern (total 450%), 2 Mitgliedern der Steuerrekurskommission und 2 Mitgliedern der Enteignungsschätzungskommissionen; zudem die Wiederwahlen von 19 Mitgliedern des Verwaltungsgerichts und 35 kantonalen und regionalen Untersuchungsrichterinnen und Untersuchungsrichtern. Die zeitliche Beanspruchung des Sekretariats der JUKO für die Vorbereitung dieser Wahlgeschäfte war sehr hoch. Das Wahlvorbereitungsverfahren hat sich aber sehr gut bewährt. Anlässlich der Tagung «Richterwahlen», die im November 2003 von der Universität Luzern durchgeführt worden ist, konnte festgestellt werden, dass das bernische Richterwahlverfahren im nationalen Vergleich sehr gut ist. Auch die Rückmeldungen der Gerichte, der Bewerberinnen und Bewerber und der Gremien, die jeweils um eine Stellungnahme zu den Bewerbungen gebeten werden, sind durchwegs positiv.

Auf Wunsch der JUKO-Mitglieder, die Strafanstalten des Kantons Bern kennen zu lernen und sich ein Bild über deren aktuellen Probleme zu verschaffen, organisierte das Sekretariat mit dem Amt für Freiheitsentzug und Betreuung einen Besuch in den Anstalten Thorberg. Die positiven Erfahrungen haben zur Folge, dass für 2004 weitere Besuche geplant sind.

Die JUKO hat 10 Eingaben und Petitionen gemäss Artikel 57 Absatz 4 GRG direkt erledigt. Für die Behandlung von drei Eingaben war die JUKO nicht zuständig. Nach Abklärungen durch das Sekretariat wurden sie an die zuständigen Stellen zur Behandlung weitergeleitet.

1.2.4 Sekretariat der Umsetzungs-kommission NEF 2000 (UK NEF)

Im Berichtsjahr hat das Sekretariat 10 Plenarsitzungen der UK NEF vorbereitet, begleitet und nachbereitet. Der Lenkungsausschuss und die drei Fachausschüsse hielten 19 Sitzungen ab. Die fachliche Unterstützung wurde für den Lenkungsausschuss und den Ausschuss Gesetzgebung durch das Sekretariat sichergestellt. Die Ausschüsse Oberaufsicht und NEF Parlament wurden fachlich von den Experten der UK NEF betreut. Der Ausschuss Oberaufsicht führte 2 Workshops durch, woraus je ein Leitfaden für den Grossen Rat erarbeitet wurde.

Für den Antrag zur Teilrevision des Parlamentsrechtes an den Grossen Rat zeichneten die UK NEF und das Büro des Grossen Rates verantwortlich. Demzufolge ergaben sich für das Sekretariat wichtige Unterstützungsarbeiten zu Gunsten des Projektes. Die Federführung für die Stabsarbeiten lag für diese Vorlage bei der Staatskanzlei.

Die Oberaufsichtsfunktion der UK NEF über das Projekt wurde weiter wahrgenommen. Nachdem der Regierungsrat den Schlussbericht zur Umsetzung des Steuerungsmodells NEF Soll im politischen Führungsalltag vom 7. Mai 2003 behandelt und der UK NEF zugeleitet hatte, führte die UK NEF ein Hearing mit einer Delegation der Projektleitung durch.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten des Sekretariats in Zusammenarbeit mit dem Amt für Information war die Unterstützung der UK NEF bei der Ausarbeitung eines Kommunikations- und Ausbildungskonzeptes für den Grossen Rat. An der Erarbeitung des Massnahmenplans zur Aus- und Weiterbildung des Parlaments sowie des Massnahmenplans für die Bereitstellung informatikgestützter Informationsangebote waren Ratssekretariat und Amt für Information ebenfalls eng beteiligt.

In einem ausserordentlichen Verfahren konnte die UK NEF zu der Verordnung über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLV) Stellung nehmen. Sie hat weiter das Dekret über die Besondere Rechnung der Gerichtsbehörden, die Bewilligung zur Führung der Besonderen Rechnung des Regierungsrats und der Psychiatrie für die Behandlung im Grossen Rat vorberaten. Die Behandlung dieser Ratsgeschäfte in der UK NEF wurde durch das Sekretariat geplant und vorbereitet.

Im letzten Quartal des Berichtsjahres prägten die Jahresplanung 2004 sowie der Abschluss der Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern die Arbeiten des Sekretariats.

Das Sekretariat der UK NEF wurde durch die Sekretärin (45%) und den Ratssekretär (30%) wahrgenommen.

1.2.5 Weitere Kommissionssekretariate

Siehe Ziffer 1.4.

1.3 Beratung, Information und Dokumentation

1.3.1 Beratung

Das Ratssekretariat hatte verschiedene Beratungsaufträge von Ratsmitgliedern zu erledigen. Es unterstützte das Büro des Grossen Rates bei der Beantwortung von vier parlamentarischen Vorstössen in ratseigener Sache, bei der formellen Prüfung der eingereichten Vorstösse und der Fragen der Fragestunde. Als ein nützliches Arbeitsinstrument erweisen sich die von Ratssekretariat und Staatskanzlei entworfenen «Richtlinien des Büros des Grossen Rates zur formellen Prüfung der parlamentarischen Vorstösse» vom 16. September 2003. Das Verfahren der Frageprüfung ist vergleichsweise wenig formalisiert, aber in der Wirkung ziemlich effektiv.

1.3.2 Vorlagen und Geschäfte des Grossen Rates bzw. der Staatskanzlei

Die Federführung für das Rechtsetzungsverfahren «Teilrevision des Parlamentsrechts» lag auf Stufe Verwaltung bei der Staatskanzlei. Das Ratssekretariat beteiligte sich während des gesamten Verfahrens intensiv an Arbeiten. In Arbeit ist ferner beim Ratssekretariat die Erstellung des Berichtes über die Entschädigungen des Grossen Rates. Der Bericht geht auf die als Postulate überwiesenen drei Motionen Pulver und SP (Allemann) zurück.

1.3.3 Abstimmungserläuterungen

2003 gelangten keine kantonalen Vorlagen zur Volksabstimmung.

Ende Jahr nahm das Ratssekretariat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die Arbeiten an der Botschaft «Tram Bern West; Investitionsbeitrag» auf, obwohl noch nicht feststand, ob das Referendum gegen den Verpflichtungskredit rechtsgültig zustande kommt.

1.3.4 Information/Dokumentation

Im letzten Jahr hatte der Informations- und Dokumentationsdienst insgesamt 558 Aufträge erledigt. Die Anzahl der Aufträge hielt sich in etwa stabil zum Vorjahr. Genau gesagt gab es einen leichten Zuwachs von 3 Prozent. Während den Sessions wurden 299 Aufträge (54%) eingereicht. Hervorzuheben ist ein äusserst anspruchsvoller und weitreichender Auftrag von drei Ratsmitgliedern aus drei Fraktionen. Es ging dabei um eine übersichtliche und detaillierte Darstellung aller Sparmassnahmen und der Personalentwicklung seit 1993. Die Bearbeitung des Auftrags warf Sach- und Verfahrensfragen auf. Er konnte nicht sach- und zeitgerecht erledigt werden. Der Auftrag zeigte insbesondere die Grenzen einer Dokumentationstätigkeit des Ratssekretariates auf.

Das Ratssekretariat bewirtschaftete zusammen mit dem Amt für Information die elektronische Kontaktstelle des Grossen Rates.

62 Prozent aller Aufträge stammten von Ratsmitgliedern, 29 Prozent von Dritten (Parteisekretariate, andere Kantone, Medien, alt Ratsmitglieder, elektronischer Briefkasten der Internet-Benutzerinnen und -Benutzer usw.) und 9 Prozent von der Verwaltung.

Das «Informationsblatt für den Grossen Rat des Kantons Bern», das auch elektronisch im Internet verfügbar ist, wurde im Verlauf des letzten Jahres aktualisiert.

Der gesetzliche Informations- und Dokumentationsauftrag des Ratssekretariates ist im Lichte der Erfahrungen, der neuen Herausforderungen und der technologischen Entwicklungen zu überprüfen und ggf. neu auszurichten.

1.3.5 Organisation von Anlässen und Umfragen

Das Ratssekretariat unterstützte administrativ die überparteilichen, grossrätlichen Gruppen (insbesondere Kulturgruppe, Gruppe Gesundheits- und Fürsorgewesen sowie ad-hoc Gruppen) bei der Durchführung von Mittagsveranstaltungen.

Es wurden Veranstaltungen zu folgenden Themen abgehalten: Palliative Care, Spitalplanung, neue Entwicklungen in der Sozialhilfe, die Bedeutung der Diplommittelschulen für Gesundheitsberufe. Daneben wurden auch Veranstaltungen zu Tram Bern West, zur Ausbildung Hausarztmedizin und Avanti-Initiative durchgeführt.

Im kulturellen Bereich organisierte die Kulturgruppe folgende Besichtigungen: Besuch der Baustelle «Paul Klee Zentrum» sowie den Besuch der Ausstellung «Chalet fédéral». Ferner wurde ein Treffen mit dem neuen Amtsleiter des Amtes für Kultur im Schlachthaus organisiert.

Das Ratssekretariat informiert wie bis anhin periodisch die Präsidentenkonferenz über die ihr gemeldeten Mittagsveranstaltungen und koordiniert soweit es möglich ist die Anlässe.

Im Auftrag von Ratsmitgliedern wurden diverse Umfragen in anderen Kantonen durchgeführt (Parkplatzbewirtschaftung, Freiwilligenarbeit, Verhandlungssprache im Rat (Dialekt/Hochdeutsch)).

1.4 Parlamentarische Initiativen

Im Berichtsjahr wurde eine Parlamentarische Initiative (PI) eingereicht. Der Grosse Rat lehnte die Überweisung der PI 175/2003 Aellen, Tavannes (PSA)/Frainier, Belphophon (PDC)/Zuber, Moutier (PSA) betreffend «Gesetz über das Statut des Berner Jura» mit 127 zu 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab. Eine interessante Entwicklung nahm im Berichtsjahr die Behandlung der PI 205/2001 Pulver, Bern,

betreffend «Registrierte Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare». Der Grosse Rat hatte die Pl in der Januar-Session 2002 mit 98 zu 65 Stimmen bei 15 Enthaltungen unterstützt. Anschliessend bereitete die mit der Prüfung befasste Kommission einen Gesetzesentwurf vor. Im Rahmen der Vernehmlassung begrüsst die Mehrheit der Antwortenden die Registrierung von Partnerschaften gleichen Geschlechts grundsätzlich. Dennoch entschied sich die Kommission, auf eine kantonale Gesetzgebung zu verzichten. Sie will den Regierungsrat beauftragen, die Anpassung der kantonalen

Rechtsgrundlagen soweit vorzubereiten, dass diese gleichzeitig mit dem Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare in Kraft gesetzt werden können. Das Ratssekretariat unterstützte die Kommission sowohl in administrativer wie in fachlicher Hinsicht.

Bern, 10. Januar 2004

Der Ratssekretär: *Wissmann*